

AsF-Landeskonferenz

31. März – 01. April 2012 im IBB Hotel, Passau

Beschlüsse

Übersicht Beschlüsse:

| | Antragstellerin | Thema | Behandlung |
|-----|-----------------------------------|--|---|
| A1 | AsF – Bezirk Mittelfranken | Die SPD besteht zur Hälfte aus Frauen | Nach Änderung mehrheitlich angenommen |
| A2 | AsF – Bezirk Unterfranken | Frühzeitige Planung und Rücksichtnahme auf Ehrenamtliche bei AsF-Konferenzen | einstimmig angenommen |
| A3 | AsF- Bezirk Niederbayern | „Aufstellungsverfahren“ | mit einer Enthaltung angenommen |
| A4 | AsF- Bezirksvorstand Unterfranken | Sitz im Bundesvorstand | einstimmig angenommen |
| A5 | AsF- Bezirksvorstand Unterfranken | Resolution zum Thema Arbeitsgemeinschaften | als Resolution an Vorstand der BayernSPD |
| A6 | ASF-Unterbezirk Passau | Stabstelle gegen Rechtsextremismus auch für Frauen | nach Änderung einstimmig angenommen |
| A7 | AsF – Bezirk Unterfranken | Frauenwirtschaft | zurückgezogen, da durch Leitantrag erledigt |
| A8 | AsF- Bezirksvorstand Unterfranken | Bausteine für eine sozialdemokratische Gestaltung des Pflegegeldgesetzes | nach Änderung einstimmig angenommen |
| A9 | AsF-Bezirk Mittelfranken | Frauen mit Behinderung vor Gewalt und Missbrauch schützen | nach Änderungen mit zwei Enthaltungen angenommen |
| A10 | AsF Nürnberg | Flächendeckende Prävention | nach Änderung einstimmig angenommen |
| A11 | AsF-Bezirk Mittelfranken | Frauen, Kinder und | mit 24 Gegenstimmen Überweisung an AsF-Landesvorstand |

| | | | |
|-----|------------------------|---|-------------------------------------|
| | | Kranke raus aus den Lagern! | |
| A12 | AsF-Nürnberg | Elternassistenz für Eltern mit Behinderung | Einstimmig angenommen |
| A13 | AsF- Bezirk Oberbayern | Rechtsanspruch der Opfer von Gewalt und sexuellen Missbrauch auf Beratung | Nach Änderung einstimmig angenommen |
| A14 | AsF-Bezirk Oberbayern | Arbeitsgemeinschaften auf allen Ebenen arbeitsfähig halten | einstimmig angenommen |
| A15 | AsF-Bezirk Oberbayern | Ansprechpartner/in der bayerischen SPD-Landesgruppe im Bundestag | mehrheitlich angenommen |

- A1** Antragstellerin: AsF – Bezirk Mittelfranken
Die SPD besteht zur Hälfte aus Frauen
- A2** AsF – Bezirk Unterfranken
Frühzeitige Planung und Rücksichtnahme auf Ehrenamtliche bei AsF-Konferenzen
- A3** Antragstellerin: AsF – Bezirk Niederbayern
„Aufstellungsverfahren“
- A4** Antragstellerin: Bezirksvorstand Asf – Unterfranken
Sitz im Bundesvorstand
- A5** Antragstellerin: Bezirksvorstand AsF – Unterfranken
Resolution zum Thema Arbeitsgemeinschaften
- A6** Antragstellerin: : AsF – Unterbezirk Passau
„Stabstelle gegen Rechtsextremismus auch für Frauen“
- A7** Antragstellerin: Bezirksvorstand AsF - Unterfranken
Frauenwirtschaft
- A8** Antragstellerinnen: Bezirksvorstand AsF – Unterfranken
Bausteine für eine sozialdemokratische Gestaltung des Pflegegeldgesetzes
- A9** Antragstellerin: AsF – Bezirk Mittelfranken
Frauen mit Behinderungen vor Gewalt und Missbrauch schützen
- A10** Antragstellerin: AsF - Nürnberg
Flächendeckende Prävention
- A11** Antragstellerin: AsF – Bezirk Mittelfranken
Frauen, Kinder und Kranke raus aus den Lagern!
- A12** Antragstellerin: AsF - Nürnberg
Elternassistenz für Eltern mit Behinderungen
- A13** Antragstellerin: AsF – Bezirk Oberbayern
Rechtsanspruch der Opfer von Gewalt und sexuellem Missbrauch auf Beratung
- A14** Antragstellerin: AsF – Bezirk Oberbayern
Arbeitsgemeinschaften auf allen Ebenen arbeitsfähig halten
- A15** Antragstellerin: AsF-Bezirk Oberbayern
Ansprechpartner/in der bayerischen SPD-Landesgruppe im Bundestag

1 **Antrag: Die SPD besteht zur Hälfte aus Frauen**

2
3 Die SPD muss Frauen als Mitglieder gewinnen, bis
4 mindestens die Hälfte aller Mitglieder weiblich ist.

5 Dazu werden, vom Bundesvorstand angeregt und
6 unterstützt, folgende Aktionen auf allen Ebenen
7 umgesetzt:

- 8
9
10 - In der SPD wird ein Klima hergestellt, in dem
11 Redebeiträge von Frauen ernst genommen
12 werden.
13 - Die SPD führt eine breit angelegte
14 Frauenwerbekampagne durch.
15 - Das öffentliche Erscheinungsbild muss die
16 Quotierung widerspiegeln.
17 - Bonussystem für die Gewinnung neuer
18 weiblicher Mitglieder.
19 - Es gibt Angebote zur Beteiligung von Mädchen,
20 z.B. Ferienprogramme, Mädchenspezifische
21 Themen.
22 - Kinderbetreuung bei Parteiveranstaltungen wird
23 **selbstverständlich immer** angeboten.
24 - Ebenso wird die Betreuung pflegebedürftiger
25 Angehöriger **selbstverständlich immer**
26 angeboten.
27 - Frauen werden in ihrem politischen Engagement
28 aktiv unterstützt vom verantwortlichen Vorstand
29 und von den MandatsträgerInnen, sowie durch
30 die Frauen in der Partei.
31 - Die Redeliste auf Parteitagen und -
32 veranstaltungen ist quotiert und transparent zu
33 gestalten.
34 - Sanktionen, wenn gegen die
35 Quotierungsbestimmungen der Satzung
36 verstoßen wird, z.B. Streichung von
37 Delegiertenmandaten oder Kürzung von
38 Beitragszuweisungen

39
40
41 **Begründung:**

42 Seit mehr als zwei Jahrzehnten beträgt die Anzahl
43 weiblicher Mitglieder in der SPD um die 30 Prozent.
44 Das ist bedauerlich, denn die SPD wirkt nach
45 außen doch auf viele Frauen wählbar, weil sie sich
46

47 stark macht für die Frauen, gegen die Herdprämie,
48 für gerechte Löhne für Frauen, für Frauen in
49 Aufsichtsräten und vieles mehr. Jüngstes Beispiel
50 war der kleine Landesparteitag 2011 „Starke
51 Frauen für ein Starkes Bayern“ oder der
52 Reißverschluss-Beschluss am Bundesparteitag,
53 durch den jetzt in ganz Deutschland klar ist, dass
54 SPD-Listen quotiert und im
55 Reißverschlussverfahren, d.h. auf einen
56 Frauenplatz folgt ein Männerplatz, aufgestellt
57 werden.
58 Dennoch sind Frauen innerparteilich zu schwach
59 vertreten.
60 Die obengenannten Forderungen sind das Ergebnis
61 einer Zukunftskonferenz unter dem Thema:
62 Frauen den Zugang zur aktiven Politik in der SPD
63 erleichtern.

Antragstellerinnen:
Bezirksvorstand AsF-Unterfranken

Antrag A 2

AdressatInnen: AsF-Landeskonferenz
Weiterleitung an:

AsF-Bundesvorstand
AsF-Bundeskonzferenz

64 **Frühzeitige Planung und Rücksichtnahme auf**
65 **Ehrenamtliche bei AsF-Konferenzen**
66

67 Termine für AsF-Bundeskonzferenzen sind
68 spätestens ein Jahr vor der Konferenz festzulegen.
69 Bei der Terminwahl ist darauf zu achten, dass
70 Ehrenamtliche nicht zwei bzw. drei Tage Urlaub
71 nehmen müssen.
72

73 Begründung:

74 Die Vorverlegung der diesjährigen
75 Bundeskonferenz auf Mitte Mai hat zu massiven
76 Amtszeitverkürzungen der AsF in allen
77 Gliederungsebenen geführt. Nicht alle waren in der
78 Lage noch rechtzeitig Konferenzen einzuberufen.
79 Die Folgen sind verkürzte Antragsfristen, die
80 wiederum verstärkte Nacharbeit der
81 Antragskommissionen nach sich zieht (eine
82 unnötige Zusatzbelastung von Ehrenamtlichen). Da
83 der Zeitpunkt der Konferenz (alle zwei Jahre) immer
84 fest steht, muss es möglich sein Konferenztermine
85 und -orte frühzeitig zu planen und zu fixieren. Bei
86 der Terminwahl darf es nicht mehr zu so
87 ungünstigen Konstellationen wie in diesem Jahr
88 kommen. Wenn schon ein Feiertag involviert ist,
89 dann sollte dieser auch als Konferenz- bzw.
90 Anreisetag genutzt werden. Dadurch wäre dann
91 wenigstens der Urlaubstag am Montag entfallen.
92 Dieser ist für viele Erwerbstätige schwierig bzw. gar
93 nicht zu bewerkstelligen.

Antragsstellerin:
ASF-Bezirksvorstand Niederbayern

Antrag A 3

AdressatInnen:
SPD-Landesverband, SPD-Landesvorstand

94 **Antrag zur ASF-Lako Bayern**
95 **„Aufstellungsverfahren“**
96

97
98 Die ASF-Landeskonferenz fordert den SPD-
99 Landesvorstand auf, im Sinne des
100 sozialdemokratischen Wertes der
101 Gleichberechtigung in Bezug auf Wahlaufstellungen
102 wie folgt zu verfahren:

103 Die Unterbezirke bzw. Wahlkreise sind dafür zu
104 sensibilisieren, dass bei Wahlen zum

- 105
- 106 • Bundestag
 - 107 • Landtag
 - 108 • Bezirkstag
 - 109 • (Ober-)BürgermeisterIn

110 im jeweiligen Wahlkreis nicht nur KandidatInnen
111 eines Geschlechts aufgestellt werden dürfen.

112 Als Zeitraum soll die Legislaturperiode bei
113 Kommunalwahlen herangezogen werden.

114 Die Sensibilisierung hat rechtzeitig vor den
115 Aufstellungen zu Wahlen zu erfolgen. Wenn
116 Aufstellungen im genannten Zeitraum lediglich zu
117 Gunsten eines Geschlechts ergehen, soll der SPD-
118 Landesvorstand vor weiteren
119 Nominierungskonferenzen, den betroffenen UB-
120 Vorstand auf den Missstand hinweisen.

121

122 **Begründung:**

123 Trotz Quotenregelung bzw. der Geschlechterquote
124 von 40 Prozent und Verpflichtung zum
125 Reißverschlussverfahren bei den
126 Kommunalwahlen, werden in vielen

127 bayerischen SPD-Unterbezirken Kandidaturen
128 zur/zum
129 BürgermeisterIn, Bezirkstag, Landtag und
130 Bundestag ausschließlich an Männer vergeben.
131 Aus der Sicht der ASF verstößt die Aufstellung nur
132 eines Geschlechtes bei diesen wichtigen
133 Kandidaturen gegen den Beschluss der
134 Geschlechterquote und ist insofern mit den
135 sozialdemokratischen Werten nicht vereinbar.
136 Trotz bestehender Quotenregelung zeigen die
137 realen Frauenanteile in diversen Gremien unserer
138 Partei, dass reine Absichtserklärungen keine
139 Änderung herbeiführen und Quotenregelungen
140 oftmals sogar missachtet werden. Deswegen muss
141 der Landesvorstand diesen Missstand durch
142 entsprechende Maßnahmen beheben. Insofern ist
143 ein Hinweis des Landesvorstandes das Mindeste,
144 eine Verpflichtung bzw. Satzungsänderung jedoch
145 wünschenswert.

Antragstellerinnen:
Bezirksvorstand AsF-Unterfranken

Antrag A 4

AdressatInnen: AsF-Landesvorstand,
Landesvorstand der BayernSPD, AsF
bundesvorstand, AsF-Bundeskonferenz

146 **Die Parteireform wurde unter der Zielsetzung**
147 **angekündigt, mehr Transparenz,**
148 **Mitgliederbeteiligung und innerparteiliche**
149 **Demokratie leben zu wollen. Die Beschlüsse**
150 **und Pläne des PV gehen in die gegenteilige**
151 **Richtung. Demgegenüber fordern wir:**

- 152
- 153 1) Der Parteivorstand kooptiert die
154 Vorsitzenden der vier großen
155 Arbeitsgemeinschaften (AsF, Jusos, 60plus
156 und AfA) als beratende Mitglieder
 - 157 2) Der Parteivorstand bereitet für den nächsten
158 Bundesparteitag eine Änderung des
159 Organisationsstatutes mit dem Ziel vor, diese
160 vier Arbeitsgemeinschaften mit je
161 einer/einem Vertreter/in als ordentliche
162 Mitglieder des PV zu versehen;
 - 163 3) Der PV stellt umgehend alle Planungen ein,
164 die Gremien und Tagungsmodalitäten der
165 genannten AGen einzuschränken.
 - 166 4) Der PV stellt ab sofort ausreichende Mittel
167 und personelle Ressourcen zur Verfügung,
168 um die Arbeit der AGen zu ermöglichen.

Antragstellerinnen:
Bezirksvorstand AsF-Unterfranken

AdressatInnen: AsF-Landesvorstand

Landesvorstand der
Bayern SPD
AsF Bundesvorstand
AsF Bundeskonferenz

169 **RESOLUTION**

170

171

172

173

174

175

176

177

178

Anlässlich der beschlossenen Änderungen der Grundsätzen und Richtlinien für die Tätigkeiten der Arbeitsgemeinschaften, stellen wir als Arbeitsgemeinschaft im Landesverband Bayern dazu folgendes fest:

179

180

181

182

183

184

185

186

187

188

189

„Die Arbeitsgemeinschaften sind Teile der SPD. Sie sind Bindeglied zu den gesellschaftlichen Gruppen, die sich in den politischen Bereichen engagieren, für die die Arbeitsgemeinschaften in der SPD zuständig sind. Die Arbeitsgemeinschaften bieten die Möglichkeit, die unterschiedlichsten Schichten und Gruppen der Gesellschaft anzusprechen, sie verfügen über Kompetenz und Kontakte in diese Bereiche. Das muss konstruktiv für die Arbeit der SPD genutzt werden.“

190

191

192

193

194

195

196

197

198

199

200

201

202

203

204

Als Scharnier zu gesellschaftlichen Gruppen stehen die Arbeitsgemeinschaften in der SPD nicht nur in anstehenden Wahlkampfzeiten auf Landes- und Bundesebene in der ersten Reihe. Durch die erfolgreiche Netzwerkarbeit bei Frauen und auf gleichstellungspolitischer Ebene, im Jugendbereich, auf der ArbeitnehmerInnenseite, bei den Selbständigen, den Älteren, den MigrantInnen, JuristInnen, im Gesundheitswesen, im Bildungsbereich, bei Selbst Aktiv und bei Lesben und Schwulen tragen wir mit unserer politischen Arbeit einen wesentlichen Anteil an der gesellschaftlichen Verankerung der SPD als Volkspartei und zur Bindung dieser Zielgruppen an die SPD.

205 Dies wurde bisher auch von der Parteispitze so
206 gesehen und bestätigt.

207

208 Der vorgelegte Richtlinienentwurf spiegelt jedoch
209 nicht die innerparteiliche und außerparteiliche Rolle
210 der Arbeitsgemeinschaften wider.

211 Im Falle einer Verabschiedung des Entwurfs in der
212 vorgelegten Fassung sind weitgehende negative
213 Auswirkungen auf die Wahrnehmung der
214 Gesamtpartei in der Öffentlichkeit zu erwarten.

215

216 Konkret befürchten wir folgendes:

217

218 1. Die starke Verkleinerung der
219 Vorstände hat gravierende
220 Auswirkungen auf die Erfüllung der
221 Aufgaben der jeweiligen
222 Arbeitsgemeinschaften. Dies gilt
223 insbesondere in Bezug auf die
224 Vernetzung und Präsenz in
225 anderen Organisationen auf
226 nationaler und internationaler
227 Ebene, die Vernetzung in die
228 Regionen sowie die inhaltliche
229 politische Arbeit. Darüber hinaus
230 werden die Kampagnenfähigkeit
231 sowie die politische Außenwirkung
232 massiv beeinträchtigt.

233

234 2. Die ehrenamtliche Tätigkeit von
235 Berufstätigen teilweise mit
236 familiären Verpflichtungen in den
237 Gremien auf Bundesebene wird
238 kaum mehr möglich sein, da das
239 aufzuwendende Zeitbudget nur
240 noch in Verbindung mit einem
241 Hauptamt oder Mandat und ohne
242 weitere familiäre Verpflichtungen
243 bewältigt werden kann.

244

245 3. Viele Regionen können so in der
246 politischen Vorstandsarbeit nicht
247 mehr angemessen vertreten sein.
248 Das hat massive Auswirkungen auf
249 die bundesweite innerparteiliche
250 Vernetzung und den politischen
251 Austausch zwischen den
252 Regionen. Dies trifft auch auf die
253 vorgeschlagene Verringerung der
254 Delegiertenzahlen für die
255 Bundeskonferenzen zu. Die

256 beabsichtigte Verkürzung der
257 Dauer der Bundeskonferenzen
258 führt nicht zu mehr, sondern zu
259 weniger Beteiligungsmöglichkeiten
260 auf Bundesebene.

261
262 4. Die vorgeschlagenen Änderungen
263 haben
264 massive Auswirkungen auf unsere
265 Arbeit in den jeweiligen
266 Landesverbänden und Bezirken
267 durch mangelnde Anbindung an
268 die Bundesebene, mangelnde
269 politische Kommunikation und
270 Einschränkungen in der
271 Kampagnenfähigkeit.

272
273 Die Arbeitsgemeinschaften haben bisher sowohl die
274 politischen Forderungen ihrer Zielgruppen mit
275 beeinflusst und in die SPD eingebracht ebenso wie
276 sie für Forderungen und Inhalte der SPD bei ihren
277 Zielgruppen geworben haben. Diese
278 Zielgruppenarbeit ist mit dem neuen
279 Richtlinienentwurf nicht mehr möglich.

280
281 Für uns sind solche Einschnitte bei der
282 Zielgruppenarbeit der SPD das grundfalsche
283 politische Signal auf allen Ebenen und nicht
284 akzeptabel. Gerade im Vorfeld zu den anstehenden
285 Landtagswahlen und insbesondere zur
286 Bundestagswahl 2013 darf eine Volkspartei ein
287 solches Signal nicht aussenden. Dies würde nur
288 missverstanden als Missachtung und mangelnde
289 Wertschätzung politischer Zielgruppenarbeit.

290
291 In der Vergangenheit hat sich die
292 Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen
293 im offenen Dialog mit der Parteiführung stets
294 konstruktiv und kompromissbereit bei notwendigen
295 innerparteilichen Veränderungen und der
296 Diskussion um Einsparungen verhalten.

297
298 Ein solcher Dialog mit uns fand im Vorfeld der
299 Vorlage dieses Richtlinienentwurfs nicht statt. Allein
300 die Tatsache, dass die Vorsitzenden der
301 Arbeitsgemeinschaften - und auch nur diese - nicht
302 einmal 24 Stunden vor dem anberaumten Gespräch
303 mit der Generalsekretärin erst den Richtlinien-
304 Entwurf zugeleitet bekamen, widerspricht einer
305 offenen, demokratischen Diskussionskultur
306 innerhalb unserer Partei.

307 Neben dem inakzeptablen Inhalt des Entwurfs ist
308 für uns auch das gewählte Verfahren nicht
309 annehmbar.
310 Im Interesse der Gesamtpartei fordern wir die
311 Parteispitze und die Landesverbände und Bezirke
312 auf, den Arbeitsgemeinschaften die Wertschätzung
313 nicht zu entziehen und die politische Handlungs-
314 und Kampagnenfähigkeit zu erhalten und von der
315 geplanten Änderung Abstand zu nehmen.

316
317
318
319
320
321
322
323
324
325
326
327
328
329
330
331
332
333
334
335
336
337
338
339
340
341
342
343
344
345
346
347
348
349
350
351
352
353
354
355
356
357
358
359
360
361
362
363
364
365

Antragssteller: ASF-Unterbezirk Passau

Antrag A 6

Adressatin: SPD-Landtagsfraktion

**Antrag zur ASF-Lako Bayern „Stabstelle gegen
Rechtsextremismus auch für Frauen“**

Die SPD-Landtagsfraktion wird aufgefordert, dafür Sorge zu tragen, dass die beantragte und bei der Staatskanzlei anzusiedelnde Stabstelle gegen Rechtsextremismus auf spezielle Frauenaspekte ausgedehnt wird.

Das erfordert

- eine klare Positionierung der Staatsregierung zum Thema „Frauen und Rechtsextremismus“.
- dass für Frauen und Mädchen spezifische und auf die aktuellen Gegebenheiten in der rechtsextremen Szene zugeschnittene Angebote entwickelt und unterbreitet werden.
- dass Frauenhäuser und Frauenhilfeeinrichtungen für das Thema Rechtsextremismus entsprechend sensibilisiert und geschult werden.
- Ausstiegsprogramme, die speziell für Frauen und Mädchen zugeschnitten sind. Gewaltschutz für Frauen und Mädchen muss ein grundlegender Bestandteil dieser Programme sein.
- dass demokratische Strukturen und Geschlechtergerechtigkeit früh geübt werden.
- dass im Rahmen der Weiterbildung Lehrkräfte und pädagogische MitarbeiterInnen für dieses Thema sensibilisiert werden.
- eine adäquate Aufnahme des Themas in die Rahmenlehrpläne und pädagogischen Richtlinien frühkindlicher Förderung.
- für Angestellte von Kommunalverwaltungen, Polizeibehörden und BürgerInnenämtern Fortbildungsmaßnahmen, die auch über die Situation und das Auftreten von Frauen in der Neonazi-Szene aufklären.
- Planungssicherheit für BürgerInneninitiativen, Vereine und

sonstige Institutionen der
Zivilgesellschaft für deren Arbeit

- 366 • institutionalisierte Unterstützung und
367 Beratung, die sich mit der Beratung von
368 Eltern befasst, deren Kinder in der
369 rechtsextremen Szene tätig sind.

Antragstellerinnen:
Bezirksvorstand AsF-Unterfranken

AdressatInnen: AsF-Bezirkskonferenz
AsF-Landeskonferenz

370

Antrag A 7 zurückgezogen

Antragstellerinnen:
Bezirksvorstand AsF-Unterfranken

Antrag A 8

AdressatInnen: AsF-Bundeskonferenz

Landesvorstand Bayern SPD
AsF- Bundesvorstand

371 **Bausteine für eine sozialdemokratische**
372 **Gestaltung des Pflegegeldgesetzes**

373

374 Pflege ist wie Kindererziehung gesellschaftlich
375 notwendige Arbeit.

376 Pflegezeiten dürfen kein privates Risiko sein. Sie
377 müssen gesellschaftlich anerkannt und
378 entsprechend honoriert werden. Dabei stehen die
379 Bedürfnisse und Interessen der Pflegenden und
380 Pflegebedürftigen im Mittelpunkt.

381

382 Der Pflegebegriff muss neu definiert werden:
383 Gesellschaftliche Teilhabe muss ermöglicht
384 werden. Dabei sind die Rahmenbedingungen für
385 eine älter werdende Gesellschaft unter den
386 Gesichtspunkten Mobilität (Baurecht, Stadtplanung,
387)
388 zu berücksichtigen.

389

390 -

391

392 -

393

394 -

395

396 -

397

398

399 Fürsorgepflicht für pflegende Angehörige ist
400 gesellschaftliche Aufgabe

401

402 **Pflege ist eine Anforderung an die**
403 **Vereinbarkeit von Beruf und Familie. Sie muss**
404 **in unserer Gesellschaft so sichergestellt und**
405 **anerkannt werden, wie es beispielsweise die**
406 **Kinderbetreuung (inzwischen) ist.**

407

408 Grundvoraussetzungen:

- 409 ▪ Pflegezeiten sind nicht planbar, anders als z.B.
410 die Betreuung von Kindern.
411 D.h. hohe Flexibilität und Möglichkeiten für
412 kurzfristiges Agieren muss ein
413 Pflegegesetz leisten, will es den pflegenden
414 Angehörigen wirklich helfen.
415
416 ▪ Dies bedeutet vor allem, dass ein
417 Rechtsanspruch auf Pflegezeit
418 sicherzustellen ist
419
420 ▪ Pflege ist gesellschaftlich notwendige Arbeit.
421 Daher müssen Pflegezeiten
422 – ähnlich wie das Elterngeld – mit einer
423 Lohnersatzleistung ausgestattet werden
424
425 ▪ Pflege darf nicht auf dem Rücken der
426 Angehörigen zum privaten Risiko
427 - **werden: Lohneinbußen, berufliche**
428 **Rückschläge der Pflegenden sind nicht zu**
429 **akzeptieren.**
430

431 Um flexibel handeln zu können, ist die von der
432 Arbeitsgruppe „Familienpolitik“
433 unter Führung von Manuela Schwesig eingebrachte
434 Initiative „1000-Stunden-
435 Budget“ der richtige Vorschlag: „Arbeitnehmer
436 erhalten einen rund 6-monatigen
437 Freistellungsanspruch, der mit einer
438 Lohnersatzleistung ausgestattet ist. Diese rund
439 1000 Stunden kann man flexibel einsetzen: in
440 verschiedene Zeitabschnitte einteilen oder auch
441 über Jahre zeitlich strecken“
442

- 443 ▪ Die bereits geltende 10-tägige Auszeit, wenn ein
444 Pflegefall in der Familie eingetreten ist, um die
445 neue Lebenssituation zu organisieren, muss mit
446 einer Lohnersatzleistung ausgestattet werden
447
448 ▪ Wir wollen ein zusätzliches Zeitbudget mit
449 Lohnersatz für die Sterbebegleitung einführen
450
451 ▪ Wir brauchen eine solidarische
452 Bürgerversicherung auch für die Pflege. Aus
453 diesem Einkommen sind Lohnersatzleistungen
454 zu finanzieren.
455

456 *Darüber hinaus soll diskutiert werden, wie eine*
457 *rentenmäßige Anerkennung von Pflegezeiten zu*
458 *verbessern ist.*

Adressatin: Landesparteitag, ASF-Bundesparteitag,
ASF-Bundesvorstand

459 **Antrag: Frauen und Mädchen mit**
460 **Behinderungen vor Missbrauch schützen**
461

462

463 Die Bundestagsfraktion setzt sich für eine breit
464 angelegte Kampagne des zuständigen Ministeriums
465 für die Rechte von Frauen mit Behinderungen,
466 insbesondere für Aufklärung und Hilfe bei
467 sexuellem Missbrauch ein. Ferner muss für Frauen
468 und Mädchen mit Behinderung Wahlfreiheit
469 bestehen, ob sie von weiblichen oder männlichen
470 Pflegenden betreut werden wollen.

471

472

473

Begründung:

474 Neue Studien belegen, dass Frauen und Mädchen
475 mit Behinderung zu einem wesentlich höheren
476 Anteil von sexuellem Missbrauch betroffen sind als
477 Frauen und Mädchen ohne Behinderungen.

478 Die Ursachen dafür sind teils bekannt, teils werden
479 sie noch erforscht. Die höhere Zahl der
480 missbrauchten Mädchen und Frauen mit
481 Behinderungen ist zum Teil auch damit begründet,
482 dass sie angreifbarer sind als Mädchen und Frauen
483 ohne Behinderungen. Der Missbrauch geschieht oft
484 auch im Zusammenhang mit der Pflege. Die UN-
485 Konvention für die Rechte von Menschen mit
486 Behinderungen wurde 2009 auch von Deutschland
487 ratifiziert. Es ist ein Schritt in der Umsetzung, jetzt
488 den Worten Taten folgen zu lassen und Ziele durch
489 Aktionsprogramme umzusetzen.

Adressatin: AsF-Bundeskonferenz, SPD-
Bezirksparteitag, SPD-Landesparteitag

490 **Antrag: Flächendeckende Prävention von**
491 **sexualisierter Gewalt**

492
493

494 Die SPD-Landtagsfraktion setzt sich zum Thema
495 sexualisierte Gewalt für flächendeckende,
496 strukturelle Prävention für Kinder und Kleinkinder
497 ein. Bei Maßnahmen der strukturellen Prävention
498 handelt es sich zum Beispiel um verpflichtende
499 Fort- und Weiterbildung für pädagogisches
500 Personal in KITAS und Schulen, Lehrerinnen und
501 Lehrer, medizinischem Personal,
502 Aufklärungskampagnen über Medien und Vorträge,
503 das Erstellen von Handlungsleitfäden sowie eine
504 bundeseinheitliche Notrufnummer für Betroffene.
505

506

507 **Begründung**

508 Für alle Beteiligten sind klare Strukturen
509 unerlässlich. Helfer/innen müssen wissen, wie man
510 damit umgeht. Betroffene von sexuellem
511 Missbrauch reagieren für die Außenstehenden mit
512 unklaren Symptomen. Wenn jemand von
513 Missbrauch erfährt, besteht immer die Gefahr, in
514 der ersten Aufregung dem/der Betroffenen mehr zu
515 schaden, als zu helfen.

516 Es ist wichtig zu wissen, wie man am besten
517 reagiert, wo man sich Hilfe holt, wen man
518 ansprechen kann und soll. Solche Regularien
519 müssen besprochen und eingeprägt sein.
520

521

522 Die Kultusministerkonferenz hatte im Jahre 2010
523 Handlungsempfehlungen zur Vorbeugung und
524 Aufarbeitung von sexuellen Missbrauchsfällen und
525 Gewalthandlungen in Schulen und schulnahen
Einrichtungen gegeben.

Adressatin: AsF-Landes- und Bundeskonferenz,
SPD-Bezirksparteitag, SPD-Landesparteitag

526 **Antrag: Frauen, Kinder und Kranke raus aus**
527 **den Lagern!**

528
529

530 Die Landtagsfraktion setzt sich für eine Aufhebung
531 der Lagerpflicht für Frauen, Kinder, Kranke und
532 Menschen mit Behinderungen unter den
533 Asylbewerbern ein und dafür, dass die zuständigen
534 Gebietskörperschaften verpflichtet werden,
535 geeigneten Wohnraum zu finden.

536
537

538 Begründung:
539 AsylbewerberInnen sind besonders in Bayern
540 langen Aufenthaltspflichten in
541 Aufnahmeeinrichtungen und
542 Gemeinschaftsunterkünften ausgesetzt, mitunter
543 Jahre lang. Der Aufenthalt in solchen Einrichtungen
544 ist nichts anderes als das Leben in einem Lager.
545 Die Bedingungen dort sind prekär (Mehrbettzimmer,
546 schlechte Häuser, schlechte Ernährung, schlechte
547 hygienische Bedingungen) und entsprechen in
548 keiner Weise der Menschenwürde. Frauen, Kinder
549 und kranke Menschen oder Menschen mit
550 Behinderungen zählen nach UN-Richtlinien zu den
551 besonderes verletzlichen Gruppen. Sie sind in
552 diesen Lagern in der Minderheit (mit bis zu 25
553 Prozent der Bewohnenden). Sie sind zusätzlich zu
554 den schlechten Bedingungen auch Übergriffen
555 ausgesetzt.

Antragstellerin: AsF Nürnberg

Antrag A 12

Adressatin: SPD-Bezirksparteitag, SPD-Landesparteitag, SPD-Bundesparteitag, AsF Landeskonferenz, AsF-Bundeskonferenz

556 **Antrag: Elternassistenz für Eltern mit**
557 **Behinderungen**

558

559 Die Bundestagsfraktion setzt sich für eine
560 Elternassistenz für Eltern mit Behinderungen ein.

561

562

563

Begründung:

564

565 Eltern mit Behinderung brauchen besondere Hilfen,
566 um am Leben ihrer Kinder teilhaben zu können. So
567 ist es z. B. schwierig für manche Eltern, bei den
568 Arztbesuchen der Kinder dabei sein zu können.
569 Dafür benötigen sie die Unterstützung durch
570 Assistenten.

Antragsstellerin: Bezirkskonferenz der AsF-
Oberbayern

Antrag A 13

Weiterleitung an: AsF Bundeskonferenz

571 **Rechtsanspruch der Opfer von Gewalt und**
572 **sexuellem Missbrauch auf Beratung**

573
574
575

Antrag:

576 Die Bundestagsfraktion wird aufgefordert,
577 sich dafür einzusetzen, dass ein Recht von Opfern
578 von Gewalt und sexuellem Missbrauch auf
579 regelfinanzierte, fachkompetente und wohnortnahe
580 Beratung gesetzlich verankert wird.
581 Bei minderjährigen Opfern muss dieser
582 Rechtsanspruch elternunabhängig sein.

583
584
585

Begründung:

586 Wie im Abschlussbericht der Unabhängigen
587 Beauftragten der Bundesregierung für immaterielle
588 und materielle Hilfen für von sexuellem Missbrauch
589 Betroffene vom 24.5.2011 wird die Sicherung der
590 Beratung der Gewaltopfer gefordert. Nur so kann
591 allen Opfern von Gewalt und sexuellem Missbrauch
592 angemessene und individuelle Hilfe gewährleistet
593 werden. Da ein erheblicher Teil dieser Gewalttaten
594 innerhalb der Familie stattfinden, müssen
595 minderjährige auch ohne Wissen und Erlaubnis der
596 Erziehungsberechtigten anspruchsberechtigt sein.

Antragsstellerin: Bezirkskonferenz der AsF-
Oberbayern

Antrag A 14

Weiterleitung an: Landesvorstand BayernSPD,
ASF Bundesvorstand, AsF-Bundesausschuss

597 **Arbeitsgemeinschaften auf allen Ebenen**
598 **arbeitsfähig halten**

599

600 Antrag:

601 Der PV wird aufgefordert, dafür Sorge zu tragen,
602 dass es auf keiner Gliederungsebene zu einer
603 personellen oder finanziellen Schlechterstellung der
604 Arbeitsgemeinschaften (AsF, JUSOS, 60plus, AfA)
605 durch die Parteireform kommt.

606

607

608 Begründung:

609

610 Die Parteireform wurde mit dem Ziel mehr
611 Beteiligung, mehr Transparenz und mehr
612 innerparteiliche Demokratie durchgeführt. Einige
613 Neustrukturierungen werfen den Schatten einer
614 Schlechterstellung für die Arbeitsgemeinschaften
615 voraus.

Antragsstellerin: Bezirkskonferenz der AsF- 644
Oberbayern 645
646
Weiterleitung an: SPD-Landesgruppe

Antrag A 15

616
617
618
619
620
621
622
623
624
625
626
627
628
629
630
631
632
633
634
635
636
637
638
639
640
641
642
643

Antrag:

Die bayerische SPD-Landesgruppe im Bundestag wird gebeten, eine Ansprechpartnerin/ einen Ansprechpartner zu benennen, die/der die bayerischen AsF-Bezirke verbindlich über aktuelle frauen- und gleichstellungspolitisch relevante Aktivitäten der Bundestagsfraktion informiert. Dazu gehören z.B. Anträge und Anfrage der SPD-Fraktion, Positionen zu Gesetzesentwürfen der Bundesregierung oder Beteiligung der Fraktion an Kampagnennetzwerken. Die Information soll regelmäßig und zeitnah erfolgen, die Bezirke sollen die Informationen an die Unterbezirke weiterleiten.

Begründung:

Die Bundestagsfraktion leistet gute Arbeit, um die Gleichstellung von Frauen voran zu bringen. Leider ist darüber nicht allzu viel zu erfahren, weil Frauen- und Gleichstellungspolitik trotz ihrer Bedeutung in der öffentlichen Berichterstattung ein Schattendasein führt. Die AsF/SPD-Gliederungen vor Ort sind daher auf Informationen aus erster Hand angewiesen, wenn sie die Arbeit der Fraktion durch Kampagnen unterstützen wollen.